



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauenangelegenheiten
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa
E-mail: angelika.paa@wiesbaden.de

Wiesbaden, 16.04.2008

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauenangelegenheiten
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Frauenangelegenheiten
am Dienstag, 22. April 2008, um 17:00 Uhr,
BIZeps Beratungs- und Informationszentrum für Männer und Jungen
Adelheidstraße 28, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. 08-A-14-0001

Vorstellung von BIZeps

2. 06-F-25-0008

Öffentlichkeitsarbeit gegen "Häusliche Gewalt gegen Frauen"

Plakataktion, Bericht durch BIZeps

3. 08-A-14-0002

Mädchentreff Wiesbaden e.V.
Neue Räumlichkeiten
Sachstandsbericht durch Vertreterinnen des Vereins

4. Genehmigung der Niederschrift vom 29.01.2008

5. 08-V-11-5008

DL 16/08-2

Bericht 2003 - 2005 zum zweiten Frauenförderplan

6. 08-F-06-0017

Besetzung der Stelle der Frauenbeauftragten der Dienststelle Stadtverwaltung
-Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi) vom 15.04.2008-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, wer die Nachfolge von Frau Sigrun Wolf als Frauenbeauftragte der Dienststelle Stadtverwaltung antreten wird und wann dies sein wird?

7. 08-F-06-0018

Sicherung des Menschenrechts auf Familienplanung
-Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi) vom 15.04.2008-

Es ist zu beobachten, dass immer mehr ALG-II-Betroffene sich keine Verhütungsmittel mehr leisten können.

Dabei gehört das Recht auf Familienplanung gemäß der Proklamation der Internationalen Menschenrechtskonferenz von Teheran 1968 zum international anerkannten Menschenrecht auf Gesundheit.

Der Ausschuss für Frauenangelegenheiten möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

- Wie groß ist der Kreis von Betroffenen in Wiesbaden, die sich keine Verhütungsmittel leisten können?
- Wurden diesbezüglich Anträge an das Sozialamt gestellt?
- Sind in der Vergangenheit bereits diesbezüglich Hilfen gewährt worden?

8. 08-F-25-0048

Mammographie-Screening

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis90/DIE GRÜNEN und FDP vom 16.04.2008

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über den Sachstand des Projekts Mammographie-Screening in Wiesbaden zu berichten.

9. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Röck-Knüttel
Vorsitzende